

Landesrealschultag, 13. Oktober 2025

Herrenberg

„Wir leben Realschule!“

Dritte Herrenberger Erklärung

Der Realschullehrerverband Baden-Württemberg fordert starke Realschulen und ein Ende der Vereinheitlichung von Schularten!

Bildungspolitisch falsche Weichenstellungen in der Vergangenheit haben zu Verwerfungen in der Bildungslandschaft geführt, deren negative Auswirkungen sich in der Gesellschaft immer deutlicher zeigen. Fachkräftemangel, Lehrermangel und der erhebliche Leistungsabfall Baden-Württembergs in den Bildungsrankings haben nachvollziehbare Gründe, auf die der Realschullehrerverband beharrlich hinweist. Es gälte schon lange, die politischen Ursachen dieser Bildungsmisere anzugehen.

Leider wurde mit der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes im Januar 2025 die große Chance verpasst, das Schulsystem nicht nur durch Wiedereinführung von G9, sondern auch der Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung für ALLE Schularten zu stabilisieren. Über-eilt und im Windschatten der Wiedereinführung von G9 wurde stattdessen die fatale Vereinheitlichung der Schularten weiterbetrieben und zusätzlich ein Keil zwischen akademische und berufliche Bildung getrieben.

- Den Werkrealschulen wird durch die Abschaffung des Werkrealschulabschlusses und der Verunmöglichung von kooperativen

Verbünden mit anderen Schularten die Existenzgrundlage entzogen und somit ihr Ende besiegelt.

- Die Einführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung nur für die Gymnasien, in Zusammenhang mit der Zerschlagung der Werkrealschulen, stellt Weichen hin zu einer Einheitsschule neben dem Gymnasium sowie zu einem starren, zweisäuligen Schulsystem. Ein so starres System stellt also für die unterschiedlichen Kinder im Land eine Mobilitätsfalle dar, verhindert damit die Durchlässigkeit und ist damit das Gegenteil dessen, was Baden-Württemberg für seine gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft braucht!

Der Realschullehrerverband dringt auf eine Überarbeitung des neuen Schulgesetzes:

1. Wir fordern eine **verbindliche Grundschulempfehlung für alle Schularten**, wie im Volksantrag ‚Nicht ohne unsere Realschulen!‘ ausgeführt. Eine Verbindlichkeit für die Realschulen regelt gleichzeitig auch den Zugang zu den Hauptschulen und Werkrealschulen, gilt somit für alle Schularten des gegliederten Schulsystems und sichert unkompliziert und ohne zusätzliche Kosten deren Existenz und Eigenständigkeit.
2. Wir fordern die tatsächliche **Stärkung und Profilierung der bewährten Schularten Gymnasium, Realschule, Haupt-/Werkrealschule (und daneben der SBBZen)** und ein klares Bekenntnis zur differenzierten Bildung in Baden-Württemberg. Unser Land braucht in Zukunft die jeweils bestens ausgebildeten Abgänger **aller** Schularten dringend für die berufliche und akademische Bildung. Dazu gehört, dass der Hauptschulabschluss ausschließlich an Haupt-/Werkrealschulen und Gemeinschaftsschulen abgelegt werden

kann, wo er ursprünglich verankert ist. Außerdem sind Realschulen dazu bereit, einen eigenständigen Hauptschulzug einzurichten, wo keine entsprechende Schulart mehr in der Nähe ist.

Unterschiedliche Kinder brauchen unterschiedliche Schularten, die unterschiedliche Leistungsanreize bieten! Bildungsgerechtigkeit bedeutet, der Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Kindern durch tatsächlich unterschiedliche Bildungswege gerecht zu werden. Die Realschule ist die profilierte Schulart für eine starke mittlere Bildung!

3. Wir fordern von der Politik **ein stabiles Schulsystem, das in seiner Vielfalt übergreifende Orientierung bietet**. Ein Schulsystem, das sich an den realistischen Fähigkeiten und Leistungen der Kinder ausrichtet, sinnvoll ineinandergreift und den Anspruch von Genauigkeit und Objektivität pflegt. Ein Gesamtrahmen, der Kinder und Lehrkräfte gegen die vielen Einflüsse von außen schützt und Lehrkräften die Möglichkeit gibt, an ihrer Schulart mit der jeweils passenden Methodik und Didaktik, die Potentiale der Kinder (die kognitiv-akademischen sowie die praktisch-technischen) jeweils maximal zu fördern. Übergänge zwischen den Schularten sind dabei leistungsorientiert immer möglich.

Fazit: Das neue Schulgesetz ist zu ändern! Ohne die verbindliche Grundschulempfehlung für alle Schularten werden die profilierten Schularten in Baden-Württemberg, erneut rein ideologisch motiviert, endgültig verschwinden. Mit ihnen verschwinden der Mittelstand und der damit verbundene Wohlstand sowie die qualitativ hochstehende berufliche Bildung, die Baden-Württemberg einstmals zum erfolgreichen und vielfältigen Bildungsland und Wirtschaftsstandort gemacht haben. Seit Jahren werden stabile Strukturen, welche die Qualität sichern, nachhaltig zerstört.

Lehrkräfte aber brauchen ein realistisches und sinnvolles Schulsystem, um ungestört von ideologischen und bildungsfernen Einflüssen, ihre tägliche Profession des Unterrichtens und Erziehens unserer Kinder ausüben zu können.

Landesrealschultag

Herrenberg, 13. Oktober 2025